

SVP INTERNATIONAL

Postfach 8252, CH-3001 Bern

Tel +41 31 300 58 58

Fax +41 31 300 58 59

Email: info@svp-international.ch

Internet: <http://www.svp-international.ch>



Newsletter SVP International

Ausgabe Februar 2011

Die SVP setzt sich für die Anliegen der Auslandschweizer ein!

Entgegen anders lautenden Medienberichten setzt sich die SVP seit Jahren und immer aktiver für die Interessen und die politische Vertretung der Schweizer im Ausland ein.

Die SVP International ist seit Jahren die aktivste Partei für Auslandschweizer. Der Einbezug der fünften Schweiz in Parteigremien der SVP hat stetig zugenommen, Anträge der Mitglieder werden mit den Bundeshaus-Parlamentariern geprüft und bei Bedarf mittels Vorstössen in die eidgenössischen Räte eingebracht. Auch im Wahlkampf ist die SVP International von Legislatur zu Legislatur aktiver. Dieses Jahr wird die Partei in rund zehn Kantonen mit eigenen Auslandschweizerlisten zu den Nationalratswahlen antreten. Dies ist eine schweizweit und historisch bisher einmalige Aktion. Keine andere Partei bezieht ihre Mitglieder im Ausland so stark in den Wahlkampf ein.

Umso erstaunter war ich, als ich anfangs Jahr in den Schaffhauser Nachrichten einen Artikel eines gewissen Michael Brunner gelesen habe. In der SVP rege sich „Widerstand gegen die Privilegien der sogenannten fünften Schweiz“ und die „Liebe der grössten Partei zur fünften Schweiz sei etwas abgekühlt“. Woher dieser Journalist seine Informationen bezieht, bleibt offen. Ich mache tagtäglich die gegenteiligen Erfahrungen. Gerade wieder in der kommenden Früh-

jahrssession wird die SVP mit einem parlamentarischen Vorstoss die von Bundesrätin Calmy-Rey geplante Schliessung etlicher Konsulate verurteilen und zu verhindern versuchen. Auch unser Einsatz für die Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes sowie den Erhalt der Schweizer Werte liegt im Interesse vieler Auslandschweizer, die gerne in eine Heimat zurückkehren, die sie wiedererkennen.

Es scheint, als versuchten unsere politischen Gegner mit solchen Aktionen unsere Wählerschaft zu verunsichern und dem Ruf der SVP bei den Auslandschweizern zu schaden. Tatsache ist, dass die SVP sich intensiv für die Anliegen der Schweizer im Ausland einsetzt und die Mitgliederzahl unserer Sektion von Monat zu Monat zunimmt. Somit spornt uns diese Kritik nur noch mehr an, unseren Einsatz zugunsten der fünften Schweiz zu intensivieren und einen noch aktiveren Wahlkampf zu führen. Denn wir wollen Taten für uns sprechen lassen, nicht zweifelhafte Worte.

In diesem Sinne freue ich mich schon heute auf einen intensiven und fruchtbaren Wahlkampf. Mögen die linken Journalisten und die ewigen SVP-Kritiker eines besseren belehrt werden!

Ihr

Rolf B. Schudel, Johannesburg (SA)
Präsident SVP International

Schweizer Armee nicht zum Spottpreis!

Seine Prosperität und seinen Erfolg verdankt unser Land seiner Sicherheit und Stabilität, Werten, die von unseren Eltern und Grosseltern hart erkämpft wurden.

Diese zwei Elemente werden für uns auch in Zukunft von erstrangiger Bedeutung sein.

Überall auf der Welt kündigen sich Krisen und Revolutionen an. Der Verschuldungsgrad der europäischen Länder ist im Begriff, alarmierende Spitzenwerte zu erreichen....(Deutschland wird dieses Jahr rund 40 Milliarden Passivzinsen zahlen müssen, das entspricht ungefähr unserem Bundesvoranschlag!)

In Zukunft werden wir komplexen wirtschaftlichen Problemen gegenüberstehen.

Andererseits wird die galoppierende Überbevölkerung in gewissen Ländern gezwungenermassen eine starke Einwanderung erzeugen, und zwar nicht nur in unserem kleinen, so attraktiven Land, sondern in ganz Europa.

Die Sicherheit ist von grundlegender Bedeutung für das gute Funktionieren unseres Landes.

Ohne Sicherheit gibt es keine Investoren und keine harmonische Entwicklung.

Für die Schweiz ist deshalb eine starke Armee mit einer bedeutenden Reserve von Wehrpflichtigen unabdingbar, eine Armee also, die im Bedarfsfall in der Lage ist, unsere Grenzwehr und unsere Polizei zu unterstützen.

In Krisensituationen, sind die Kapazitäten der zivilen Nothilfeorganisationen schon nach zwei Tagen erschöpft. Die Schweiz verfügt zurzeit über zwei Polizisten auf 1000 Einwohner. Zum Vergleich: In Italien sind es sechs und in Paris neun Polizisten auf tausend Einwohner.

Kommt es zu schweren Unfällen oder Naturkatastrophen, ruft man in allen Ländern der Welt die Armee zu Hilfe.

Sie muss in der Lage sein, die Verbindungswege zu sichern und die strategisch wichtigen Einrichtungen zu schützen (Flughäfen, Nuklearanlagen usw.), auch

wenn solche Situationen zunächst unwahrscheinlich erscheinen.

Die Armee hat im Katastrophenfall stets eine wichtige Rolle gespielt. Sie muss gegen Bedrohungen gerüstet sein, bereit unsere Freiheit und Neutralität am Boden und in der Luft zu verteidigen.

Die Schweizer Armee ist angesichts der vom Bundesrat verfügten oberen Begrenzung nicht in der Lage, im Notfall die Stabilität sicherzustellen sowie die Unterstützung von Grenzwehr und Polizei zu gewährleisten. Das wäre schliesslich die Aufgabe der Armee, und sie soll die nötigen Mittel dafür bekommen! Sie ist das letzte Mittel, um unsere Unabhängigkeit zu verteidigen, und darf nicht andauernd finanziell beschnitten und geschwächt werden!

André Reymond, Nationalrat (GE)
Vorstandsmitglied SVP International

Die Schweiz und die EU

Wie soll die Schweiz mit Forderungen der EU umgehen? Ist ein Rückzug des Beitrittsgesuchs sinnvoll oder notwendig?

Seit einiger Zeit wird in den Medien wieder vermehrt gemeldet, dass der bilaterale Weg der Schweiz aus Sicht der EU am Ende sei. Insbesondere sei der Druck auf die Schweiz, endlich der EU beizutreten, gewachsen.

In Gesprächen mit Deutschen Politikern stelle ich immer wieder fest, dass diesen nicht klar ist, was ein Beitritt der Schweiz zur EU für die Schweiz bedeuten würde. Wenn ich ihnen allerdings darlege, was die möglichen Konsequenzen für die Schweiz wären, erhalte ich meist grosses Verständnis für unsere Haltung. Daraus ziehe ich den Schluss, dass es vermutlich an einer unzureichenden Kommunikation der Schweiz mit der EU und ihren Mitgliedsstaaten mangelt. Dies zu ändern sehe ich aber primär als Aufgabe der Schweiz. Es liegt an der Schweiz klarer und eindeutiger zu kommunizieren und ihre Haltung nach aussen zu vertreten. Und dazu gehört auch das nach wie vor in Brüssel liegende Beitrittsgesuch der Schweiz. So lange, wie die Schweiz ein Beitrittsgesuch liegen hat, so lange müssen wir uns nicht wundern, wenn wir von der EU auf immer offenere und direktere Art und Weise aufgefordert werden, den hängigen „Vollzug“ nun endlich vorzunehmen. Viele Politiker im Ausland denken, dass es lediglich noch eines kleinen Schrittes bedarf, um die Schweiz als neues EU-Mitglied begrüssen zu dürfen.

In Gesprächen mit Schweizer Politikern muss ich aber leider auch immer wieder feststellen, dass ein EU-Beitritt gerne als mögliche Option offen gehalten werden möchte. Ich lehne diese Haltung, speziell in dieser für die Schweiz sehr wichtigen Frage, aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Wir dürfen uns in einer solch zentralen Frage keine vermeintliche Hintertüre offen lassen. Dies wird von der EU nicht nur falsch verstanden, sondern auch als typische Rosinenpickerhaltung angesehen.

Es sei mir erlaubt, in möglichst kurzer Form darzulegen, was aus meiner Sicht mit der Schweiz nach einem EU-Beitritt

passieren würde. Angenommen, die Schweiz würde EU-Mitglied und dürfte demnach auch einige EU-Abgeordnete ins EU-Parlament entsenden. Bei wichtigen Abstimmungen dürften die Abgeordneten der Schweiz immer nur unter Vorbehalt ihre Meinung abgeben. Erst wenn das Schweizer Volk dem dann auch noch zustimmen würde, könnte es in Kraft treten. Dass hier die EU nicht mitspielen würde, sollte auch jedem EU-Befürworter einleuchten. Somit würden die direkte Demokratie, und damit der direkte Einbezug des Schweizer Stimmvolkes in wichtige politische Entscheidungen, elegant ausgehebelt. Wenn uns EU-Politiker zusichern, dass der Schweiz keine Auflagen gemacht würden, die direkte Demokratie abzuschaffen, so ist das grundsätzlich richtig. Allerdings würde der „EU-Mechanismus“, welcher nach dem System der indirekten Demokratie funktioniert, unser bewährtes politisches System von heute mit der direkten Demokratie nicht zulassen. Und dieser Umstand ist den wenigsten EU-Politikern bekannt. Doch dies ist wiederum nur einer von vielen Aspekten, wo unsere direkte Demokratie in direktem Konflikt mit der indirekten Demokratieform der EU und seinen Mitgliedsländern zu stehen käme.

Eine viel grössere Veränderung würde die Schweiz im Bereich der politischen Infrastruktur erleben, auch im Bereich der Behörden und Verwaltungen auf Bundes- und Kantonsebene. Wenn ich mich mit Deutschen Bundestagsabgeordneten unterhalte, wie diese mit dem Informationsvolumen aus Brüssel umgehen, dann höre ich, dass sie vom Ausmass der zu bearbeitenden neuen Gesetzen, Weisungen und Verordnungen häufig zeitlich überfordert sind. Im Gegensatz zu einem Schweizer Bundesparlamentarier arbeitet ein Deutscher Bundestagsabgeordneter vollzeitig für sein Amt. Der Staat finanziert ihm nicht nur die Ausübung seines politischen Mandats, sondern zusätzlich auch eine vollständige Büroinfrastruktur von über 50 m² Fläche mit ca. 3 Mitarbeitern. Auch auf Länderebene, was in der Schweiz die Kantonsebene darstellt, sind Vollzeitpolitiker mit vom Staat finanzierter vollwertiger Büroinfrastruktur die Normalität.

Gehen wir davon aus, dass diese „Grundlagen“ sowohl auf Bundes-, wie auch auf Länderebene notwendig sind, um das In-

formationsvolumen aus Brüssel bewältigen zu können, dann könnten wir uns in der Schweiz in etwa vorstellen, was da auf uns zukommen würde. Wir wären gezwungen, den Milizpolitiker auf Bundes- und Kantonsebene durch den Berufspolitiker zu ersetzen. Nach einem Beitritt gäbe es auch keine Möglichkeiten mehr, das Informationsvolumen in irgendeiner Weise zu steuern und zu dosieren. Es sind andere Kreise, die dies dann bestimmen würden. Doch die Auflage, das Informationsvolumen rechtzeitig zu bearbeiten, den hätten wir dann zwingend. Also müssten die Schweizer Parlamentarier auch über mehr Zeit und eine adäquate Infrastruktur verfügen.

Doch die Parlamente auf Bundes- und Kantonsebene stellen wiederum nur die eine Seite dar. Denn auch die Bundes- und Kantonsbehörden müssten massiv erweitert werden, um das von der EU zu erwartende Informationsvolumen zu bearbeiten oder bereits Beschlossenes umsetzen zu können. Die Umstellung vom Miliz zum Berufspolitiker, die Infrastrukturen der Parlamentarier auf Bundes- und Kantonsebene und nicht zuletzt die Behördenenerweiterungen kosten Geld, sehr viel Geld. Das Geld kommt bekanntlich vom Steuerzahler, und zwar vom Schweizerischen! Das heisst, die Steuern müssten auf Bundes- und Kantonsebene massiv angehoben werden.

Somit müssten wir nicht nur vom bewährten System des Milizparlamentarier Abschied nehmen, sondern unsere Bundes- und Kantonsparlamentarier entsprechend „aufrüsten“ und ihnen eine angemessene Infrastruktur zur Verfügung stellen. Dies hätte massive Investitionen und hohe laufende Kosten zur Folge, welche wiederum nur mit einer flächendeckenden Steuererhöhung finanziert werden könnte. Damit sind noch keinerlei „Begehrlichkeiten“ der EU für Länderfinanzausgleich und deren eigenen Haushalt und Infrastruktur berücksichtigt.

Was bliebe von der heutigen Schweiz übrig? Vermutlich nicht mehr viel! Das politische System der direkten Demokratie würde durch die EU-Bürokratie unterlaufen und zur Farce, unsere Politiker müssten sich (ob sie wollen oder nicht!) hauptsächlich nach Brüssel orientieren, der ausgeprägte Föderalis-

mus mit den relativ selbständigen Kantonen hätten dann keine Zukunft mehr, die im Vergleich mit dem Ausland moderaten Steuern müssten massiv erhöht werden. Vermutlich müsste auch das bewährte föderale Steuersystem geopfert werden, da die Schweiz als Land sich gegenüber der EU zu massiven Nettozahlungen verpflichten müsste.

Wer nun glaubt, dass wir nach einem EU-Beitritt noch als positives Demokratiebeispiel, als Land mit hoher Finanzkompetenz oder gar als bewährtes Modell für die Einbindung des Bürgers in den politischen Prozess erhalten könnten, der würde vermutlich sehr schnell einer Illusion beraubt, und dies unwiderruflich! Ich bin mir bewusst, dass es noch zahlreiche weitere Argumente für und gegen einen EU-Beitritt gibt. Diejenigen, die ich mir heute erlaubt habe aufzuführen, sind aus meiner Sicht bis jetzt zu wenig beachtet worden.

Zusammenfassend bin ich der Meinung, es wird für die Schweiz immer wichtiger, dass sie gegenüber Drittstaaten eine klare und eindeutige Haltung einnimmt und diese auch nach aussen kommuniziert. Erst dann kann sie auch den für diese Haltung notwendigen Respekt von Dritten erwarten und notfalls einfordern. Dies wird für mich am deutlichsten beim in Brüssel „hängigen“ Beitritts-gesuch der Schweiz. Dieses **Beitritts-gesuch sollte im Interesse beider Seiten, insbesondere zur Klärung der Schweizerischen Haltung, von der Schweiz umgehend zurückgezogen werden.** Erst wenn das Schweizer Volk von sich aus einem EU-Beitritt zustimmt wäre nach meinem Verständnis der Zeitpunkt gegeben, ein neues Beitritts-gesuch zu stellen. Das Schweizervolk sollte aber diesen Entscheid ohne Druck, sondern im Bewusstsein der möglichen Konsequenzen eigenständig und ohne Beeinflussung durch Dritte fällen dürfen. Auch das gehört zum Respekt, den jedes Land, auch die Schweiz und das Schweizer Volk, von Dritten erwarten darf und kann.

Peter Kaul, Dresden (Deutschland)
Vorstandsmitglied SVP International

Die etwas andere Rückschau

Jeweils zum Jahresende halten landauf und landab Printmedien, Radio, Fernsehen, Bundesräte, Regierungsräte und andere Experten Rückschau.

Meine Rückbesinnung befasst sich indes mit einem Thema, das uns Auslandsschweizer besonders nachdenklich stimmt: Der **Werteverlust in unserer Heimat**. Schweizer Werte sind Verantwortung, Glaubwürdigkeit, Gerechtigkeit, Solidarität, Respekt und Freiheit. Sie sind Orientierung im Miteinander und helfen zu erkennen, was gut und wichtig ist. Werte machen uns stark. Daher ist die Schweiz schleunigst gefordert, den Werten wieder vermehrt Sorge zu tragen. Zu viel ist in letzter Zeit geschehen. Werte werden mit Füßen getreten, die Spielräume der Freiheit werden nicht genutzt sondern ausgenutzt.

Die Arroganz unserer Politiker ist erschreckend. Der Bundesrat muss in die Pflicht genommen werden. Es kann nicht sein, dass man in Bern von einem Bein aufs andere tritt, die Diskussion den Parteien überlässt und nachher einzeln im Ausland seine eigene Meinung verbreitet. Unsere Regierung diskutiert im Ausland, was eigentlich zuerst im Lande selber hätte besprochen werden müssen. Die gewählten Volksvertreter vergessen allzu oft, dass sie das Schweizer Volk zu vertreten haben und nicht sich selber. Wir Schweizer sind angewiesen, dass man in Bundesbern unsere Werte kennt und sie auch respektiert. **Sorgen wir dafür, dass im Wahljahr 2011 nur Parlamentarier nach Bern geschickt werden, die unseren Werten und Anliegen wirklich Beachtung schenken.**

Heute sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass uns der Werteverlust in der schweizerischen Gesellschaft grosse Angst bereitet, es gibt keine Regeln mehr und es fehlt am nötigen Respekt. Auch der mit diesem Wandel einhergehende enorme Autoritätsverlust der Lehrkräfte stellt in unseren Schulen ein grosses Problem dar. Unsere Jugend hat keine Vorbilder mehr, welche ihnen Werte vorleben. Genau darin wurzelt die zunehmende Jugendgewalt. Gleichfalls ein miserables Wertezeugnis

trifft den Medien-Einheitsbrei unseres Landes. Eine ausgewogene Berichterstattung gibt es nicht mehr. Die Wertetradition unseres Landes ist mit dem Erstarken anderer Völker und Ethnien in der Schweiz völlig überfordert. Der unaufhaltsame Zustrom aus fremden Kulturen verträgt sich nicht mit unserer christlich-abendländischen Tradition.

Auch im Finanzwesen sind verlässliche Werte unabdingbar. Nur so kommt das Vertrauen in unseren Finanzplatz zurück.

Die Werte unserer Dialekte dürfen ebenso wenig vernachlässigt werden. TV-Deutsch und Anglizismen gefährden die verschiedenen Mundarten wie auch das Schweizerdeutsche generell.

Die Verlüderung unserer Werte muss gestoppt werden. Misstrauen und Pessimismus sind deren Folge. Aus diesem Grund fehlt es an Initiative und Durchsetzung in Politik und Gesellschaft. Unser Wertefundament im Leben ist Anstand, Fleiss, Pünktlichkeit, Qualität und Zuverlässigkeit. Das mag etwas altmodisch klingen und doch sind wir mit diesen Werten jahrelang sehr gut gefahren.

Viktor Nell, L'Ampolla (Spanien)
Mitglied SVP International

Fragwürdige EDA-Politik: Schliessung von Konsulaten

Wie in Erfahrung gebracht werden konnte, plant das EDA die Schließung einiger Schweizer Konsulate in Ost- und Südosteuropa um Kosten zu sparen. Geplant sei, die Errichtung eines „Sammelkonsulates“ für die von der Schließung betroffenen Länder in Wien – ein sogenannter Hub. Angemerkt wird, dass ein ähnliches Projekt in den 90er Jahren in Deutschland kläglich scheiterte.

Für die in der Region lebenden Auslandschweizer würde eine solche Entscheidung in vielen Fällen fast unzumutbar lange Anfahrtswege von mehreren Hundert Kilometern – um zum Beispiel einen Reisepass zu beantragen – bedeuten. Aber auch Schweizer Bürger, welche anlässlich einer touristischen Reise in Not geraten, würden vergeblich auf rasche und zielführende Hilfe vor Ort warten.

Die einzelnen Botschaften in den Ländern seien von der Schließung der Konsulate nicht betroffen, sie würden wie bisher weiter geführt werden. Somit stellt sich jedoch die Frage, wie hoch die Kostenersparnisse im Einzelnen wohl sein können – konkrete Zahlen konnten nicht eruiert werden.

Andere Ressorts – wie z.B. die Entwicklungshilfe – seien von den Sparmassnahmen nicht betroffen. Es kann daher angenommen werden, dass die für dieses Ressort zur Verfügung gestellten Mittel, nur durch die Schließung der Konsulate bzw. durch eine mehr als eingeschränkte Serviceleistung für unsere Mitbürger im Ausland erreicht bzw. gewährleistet werden können.

Ein Zurückkommen auf diese Entscheidung, welche grosse Nachteile für Schweizer Bürger im Ausland bringt, wäre mehr als wünschenswert.

John McGough, Budapest (Ungarn)
Mitglied SVP International

Termine:

Die Delegiertenversammlungen der SVP Schweiz werden 2011 an folgenden Daten stattfinden:

Samstag, 26. März 2011

Samstag, 28. Mai 2011

Samstag, 27. August 2011

Samstag, 1. Oktober 2011

Als Mitglied der SVP International sind Sie natürlich immer eingeladen, als Gast oder bei freien Delegiertenkarten auch als Delegierter an einer DV der SVP Schweiz teilzunehmen. Falls Sie Interesse an einer Teilnahme haben, können Sie sich gerne bei uns melden.

Der Auslandschweizer-Kongress der ASO wird vom **26.-28. August 2011 in Lugano (TI) stattfinden**. Die SVP wird wir jedes Jahr auch heuer mit einem Stand präsent sein.

Im Rahmen des Kongresses wird auch die jährliche Generalversammlung der SVP International stattfinden und zwar am

Freitag, 26. August 2011 in Lugano.

Am 23. Oktober 2011 finden die eidgenössischen Wahlen statt. Registrieren Sie sich genug früh und gehen Sie an die Urne!